



Alles in Ordnung?

Das Bundesgesundheitsministerium versucht mit Werbeaktionen davon abzulenken, dass die Gesundheitspolitik der Bundesregierung Rationierung erzwingt.

„Patientinnen und Patienten brauchen Ärztinnen und Ärzte, die Zeit haben, um zuzuhören, zu beraten und zu informieren.“ – Wer von uns wollte einen solchen Satz nicht unterschreiben? Allerdings stammt dieses Zitat nicht aus dem Kollegenkreis, sondern von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer. Mit Sätzen wie diesem wirbt sie für ihre Gesundheitspolitik, insbesondere die zum Jahresbeginn in Kraft getretene „GKV-Gesundheitsreform 2000“.

In diesem Zusammenhang entbehrt der eingangs zitierte Satz nicht eines gewissen Zynismus. Schließlich wird die Politik der Ministerin mit der strikten Budgetierung der GKV-Ausgaben dazu führen, dass wir Ärztinnen und Ärzte immer weniger Zeit für Gespräche mit den Patienten haben werden.

Zum Beispiel wird der absehbare und von der Politik offensichtlich gewollte Stellenabbau im Krankenhaus die Belastungen für die Ärztinnen und Ärzte und für die Krankenschwestern und Pfleger weiter erhöhen. Dabei werden in den deutschen Kliniken heute bereits Millionen von unbezahlten Überstunden geleistet, weil Personal fehlt.

Angesichts der weitgehenden Missachtung des Arbeitszeitgesetzes in den Klinken müssen wir heute bereits von einer partiellen Illegalität sprechen, die dem entspricht, was wir von Baustellen kennen. Das Reformgesetz wird diesen Zustand verschärfen. Übrigens prüft der Staat auf Baustellen immerhin regelmäßig, ob alles mit rechten Dingen zugeht. Im Krankenhaus unterlässt er das bisher.

Auch in der ambulanten ärztlichen Versorgung findet unter Budgetbedingungen eine enorme Arbeitsverdichtung statt. In ihrer vollen Tragweite werden die Auswirkungen der Gesundheitsreform wohl erst wieder gegen Jahresende in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden, wenn die Budgets zur Neige gehen. Dabei lässt sich heute bereits vorhersehen, dass im ambulanten Bereich durch die Fortführung der Arznei- und

Heilmittelbudgets mit einer Kollektivhaftung der Vertragsärzteschaft der Weg in die Rationierung forciert wird.

Derweil gaukelt das Bundesgesundheitsministerium den Bürgern eine heile Welt vor. Auf einer „Bahn-Tour Gesundheit 2000“, einer Werbeaktion für die Gesundheitsreform 2000, wurde im Januar gute Laune verbreitet. In einer offiziellen Pressemitteilung zum Abschluss der Aktion heißt es unter anderem: „Drei Teams à 13 Personen, zusammengesetzt aus Mitarbeitern des Ministeriums, Artisten und Clowns, haben für die Arbeit des Ministeriums geworben. Auf 19 Streckenabschnitten wurden 3.400 Bahnkilometer zurückgelegt. Auf 24 Bahnhöfen – verteilt im ganzen Bundesgebiet – wurde ... über die Gesundheitsreform informiert ... Die Menschen auf den Bahnhöfen und in den Zügen beurteilen die Bahn-Tour überwiegend positiv ...“

Den Bürgerinnen und Bürgern wird hier suggeriert: Nach der Gesundheitsreform ist in unserem Gesundheitswesen alles in Ordnung!

Die Ärzteschaft wird solcher Desinformation nicht tatenlos zusehen. Im „Bündnis Gesundheit 2000“ werden wir auch im Jahr 2000 auf Bundes- und Landesebene gemeinsam mit einer Vielzahl von Organisationen anderer Gesundheitsberufe auf die schleichend Einzug haltende Rationierung hinweisen.

Und wir werden deutlich machen, wie unserer Auffassung nach eine Gesundheitspolitik aussehen müsste, die den Anforderungen an eine qualifizierte medizinische Behandlung, Betreuung und Pflege unserer Patienten auch in Zukunft gerecht wird.

*Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*